



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar: Schrodi unterstützt schnelle Umsetzung der geplanten Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro

Olching, 18.02.2021

**Michael Schrodi, MdB**

Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

**„Unser Anspruch als SPD ist es, dass wir gemeinsam wirtschaftlich stark und sozial gerecht aus der Krise kommen“, erklärt Michael Schrodi, der Bundestagsabgeordnete für Dachau und Fürstenfeldbruck, anlässlich des Welttages der sozialen Gerechtigkeit. „Mit Maßnahmen wie Überbrückungshilfen und Kurzarbeitergeld haben wir in den letzten zwei Jahren die akuten Folgen der Pandemie abgefedert. Doch hat diese Krise auch tiefgreifende Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft in den Fokus gerückt. Unser Ziel ist es, mit der neuen Regierungskoalition die Weichen für eine gerechtere Gesellschaft zu stellen.“**

Studien zeigen: Die Corona-Pandemie hat Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart getroffen. So mussten sie häufiger Lohneinbußen hinnehmen und erhielten seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Arbeitsverhältnissen mit fairen Löhnen und Tarifbindung stehen nicht nur generell besser da, sondern waren auch in der Krise besser geschützt. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Tarifbindung auszuweiten und als Untergrenze den Mindestlohn so anzuheben, dass er existenzsichernd ist.“ Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat bereits Ende Januar einen Gesetzentwurf für die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ab dem 1. Oktober vorgelegt. Etwa 6,2 Millionen Beschäftigte sollen davon profitieren, darunter besonders viele Frauen. „Das war unser Wahlversprechen und das setzen wir jetzt zügig um“, betont Schrodi.

Die Ampel-Koalition nimmt jedoch nicht nur die Einkommensungleichheit in den Blick: „Akut stellt der Anstieg der Heizkosten viele Menschen vor eine große Herausforderung. Ich bin froh, dass unsere Bauministerin Klara Geywitz kurzfristig



einen Heizkostenzuschuss für Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld, von BAföG und für Auszubildende auf den Weg gebracht hat.“ Die Berechtigten erhalten 135 Euro pro Einpersonenhaushalt plus 40 bzw. 35 Euro für jede weitere Person. Hintergrund ist, dass der Energiekostenanstieg ärmere Haushalte stärker trifft, da diese einen größeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Heizkosten ausgeben. „Das ist aber nur eine Maßnahme. Um die Bürgerinnen und Bürger weiter zu entlasten, werden wir die Entwicklung der Endkundenstrompreise über eine Absenkung und Abschaffung der EEG-Umlage abfedern. Die Mehrkosten beim Heizen durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wollen wir fair zwischen Vermietern und Mietern aufteilen. Und langfristig müssen wir natürlich die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern.“

Anlässlich des internationalen Tages der sozialen Gerechtigkeit greift Schrodi zusätzlich einen Aspekt der Pandemiebekämpfung auf, der langfristig von Bedeutung sein wird: „Die global gerechte Verteilung von Impfstoffen wird besonders bedeutsam sein, um uns alle aus der Pandemie herauszuführen“, sagt Schrodi. Die COVAX-Initiative müsse gestärkt werden, Impfstoffe müssen lokal produziert werden dürfen. Gleichzeitig richtet Schrodi einen Appell an deutsche Unternehmen: „Wenn das Virus keine Grenzen kennt, dann darf es auch in Sachen Wissenstransfer keine Grenzen geben.“